

1828/AB XX.GP

Die Abgeordneten zum Nationalrat Wabl, Freundinnen und Freunde haben am 14. Jänner 1997 unter der Nr. 1783/J an meinen Amtsvorgänger eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend Austausch der Dampfgeneratoren beim Kernkraftwerk Krsko gerichtet, die folgenden Wortlaut hat:

"1. Auf welchem Weg, zu welchem Zeitpunkt und mit welchem Inhalt wurde die österreichische Bundesregierung über den Vertragsabschluß zwischen der Betreibergesellschaft des slowenischen Kernkraftwerkes Krsko und dem Bieterkonsortium Siemens-Framatome zur Lieferung neuer Dampfgeneratoren seitens slowenischer Stellen in Kenntnis gesetzt?

2. In welcher Weise gedenkt die Bundesregierung auf diese neue Faktenlage gegenüber den slowenischen Nachbarn zu reagieren, insbesondere hinsichtlich des Umstandes, daß infolge dieser Großinvestition mit einem jahrzehntelangen Weiterbetrieb des Risikoreaktors zu rechnen wäre, wovon weiters die österreichischen Aktivitäten bezüglich energiewirtschaftlicher Kooperation, Schließungsunterstützung, Schaffung von EU-Finanzierungsinstrumenten und Arbeit der "Gemischten Kommission" substantiell betroffen wären?

3. Liegen detaillierte Informationen über das finanzielle und materielle Auftragsvolumen, die Gründe für den Zuschlag an Siemens-Framatome, die Zeitplanung für die Änderungsarbeiten und den Weiterbetrieb (die Schließung) des KKW, sonstige beabsichtigte Nachrüstungs- oder Sanierungsmaßnahmen der Betreibergesellschaft sowie über die an der Finanzierung beteiligten Banken, insbesondere über eine eventuelle Involvierung der Europäischen Investitionsbank vor?"

Einleitend ist festzuhalten, daß die in der Anfrage erwähnten Agenturmeldungen kaum überrascht haben, da der Austausch der Dampferzeuger vom Betreiber des KKW Krsko seit langem vorbereitet wird. Die Bundesregierung hat, wie dem Nationalrat mehrfach berichtet wurde, erhebliche Anstrengungen unternommen, nicht zuletzt durch Angebote zur energiewirtschaftlichen Kooperation mit der Republik Slowenien, eine vorzeitige Schließung des KKW Krsko herbeizuführen und damit auch den Austausch der Dampferzeuger zu vermeiden. Es sei jedoch nochmals betont, daß aufgrund der geltenden Völkerrechtslage die Entscheidung über eine vorzeitige Schließung oder den Weiterbetrieb des KKW der nationalen Souveränität der Republik Slowenien unterliegt. Die einzelnen Fragen beantworte ich wie folgt:

Zu Frage 1:

Die österreichische Bundesregierung wurde über die Vergabeentscheidung des Betreibers des Kernkraftwerks Krsko durch diverse Medien und Agenturmeldungen informiert. Eine offizielle Verständigung von slowenischer Seite über den Vertragsabschluß erfolgte nicht, es besteht allerdings auch keine vertragliche Verpflichtung hiezu.

Zu Frage 2:

Die Bundesregierung teilt die Einschätzung der Anfragesteller, daß sich die Aussichten auf eine vorzeitige endgültige Schließung des KKW Krsko bei Realisierung dieser Investition nicht verbessern. Wie bereits einleitend ausgeführt, hat die Bundesregierung entsprechende Anstrengungen unternommen, um zur Schaffung der Möglichkeit beizutragen, auf diese Investition zu verzichten. Da eine Fortsetzung der energiewirtschaftlichen Kooperation mit der Republik Slowenien auch aus anderen Gründen, wie z.B. Umweltschutz, aber auch Förderung der Exportchancen der heimischen Wirtschaft, im österreichischen Interesse liegt, wird die Bundesregierung ihre diesbezüglichen Aktivitäten fortsetzen. Ebenso wird die Bundesregierung auch weiterhin die ihrer Meinung nach begründeten Sicherheitsbedenken in gebotener Weise thematisieren und diesbezügliche Aktivitäten setzen.

Zu Frage 3:

Nach den mir vorliegenden Informationen stellt der gegenständliche Auftrag einen ersten Schritt zur Realisierung eines Modernisierungsprogrammes dar, wie es den Betreibern des KKW Krsko von Inspektionsmissionen von OSART, der Internationalen Atomenergiekommission Wien und ICISA (ein aus Vertretern der Nachbarstaaten Sloweniens beschicktes Gremium) im Hinblick auf die erforderliche technische Stabilität und Sicherheit empfohlen wurde. Kernpunkt der damals abgegebenen Empfehlungen war der Austausch von zwei alten Dampfgeneratoren; andere Empfehlungen betrafen eine erweiterte Sicherheitsanalyse und den Ankauf eines Simulators zur Einschulung des Personals des KKW.

Die slowenische Regierung hat daraufhin im Jänner 1996 den Beschluß gefaßt, diese empfohlenen Maßnahmen zu verwirklichen. Der nun abgeschlossene Vertrag stellt die Durchführung dieses Beschlusses dar. Wie mir berichtet wird, hat das Konsortium Siemens-Framatome den Zuschlag erhalten, da es die besten technischen Lösungen sowie dementsprechende Referenzen vorlegen konnte. Die Bestellung soll die Fertigung sowie die Montage der neuen Dampfgeneratoren, die für das Jahr 2000 geplant ist, eine Sicherheitsanalyse für die Generatoren sowie den bereits erwähnten Simulator erfassen. Über die Höhe des Auftragsvolumens liegen mir keine gesicherten Angaben vor. Die Finanzierung soll durch Eigenmittel bzw. durch die Aufnahme von Krediten bei slowenischen Banken gesichert werden; auf die Europäische Investitionsbank soll dem Vernehmen nach nicht zurückgegriffen werden. Über sonstige Nachrüstungsmaßnahmen ist mir nichts bekannt.